Pressekommentar

Diesel-Subvention und Deutschlandticket – Mobilität in der Sackgasse

Berlin, 01.10.2026: Zum Start des Tankrabatts, der Preisanpassung beim Deutschlandticket und dem Anstieg der Inflation im September auf 3,3 Prozent kritisiert der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, dass es statt neuer Subventionen für fossile Mobilität einen Fahrplan für den Aus- und Umstieg braucht.

28 Prozent Preisanstieg beim Deutschlandticket, 25 Prozent Preisanstieg beim Benzin – das ist der Vergleich zwischen dem 1. Mai 2023 und dem 30. September 2026. Während der Benzinpreis von 1,84 Euro pro Liter auf 2,30 Euro pro Liter gestiegen ist, kostet das Deutschlandticket statt 49 Euro pro Monat 63 Euro.

Und es wird noch teurer. Ab dem 1. Januar 2027 soll das Deutschlandticket 66,80 Euro kosten. Der Anstieg entsteht, weil Bund und Länder auf eine neue Kostenberechnung umstellen.

Drei Milliarden Euro hat der Zuschuss zum Deutschlandticket Bund und Länder 2026 gekostet. Fünf Monate Tankrabatt schlagen mit voraussichtlich 4,1 Milliarden Euro zu Buche. Während jeder Euro Zuschuss beim Deutschlandticket die ÖPNV-Kosten für 14,5 Millionen Bürger:innen vergünstigt, verbleibt ein Teil des Tankrabatts bei den Mineralölkonzernen.

„Die Bundesregierung kann den Preissprung bei der fossilen Mobilität weder vollständig noch dauerhaft subventionieren. Das zeigt auch der Anstieg der Inflationsrate auf 3,3 Prozent im September. Diesel und Benzin fressen die Ersparnisse der Bürger:innen auf. Umso wichtiger ist es, Alternativen anzubieten und den Umstieg zu beschleunigen. An vielen Orten ist ein günstiger ÖPNV ein erster Schritt. Kommen stimmige Konzepte zur Umstellung auf E-Antriebe, Fuß- und Fahrradmobilität hinzu, kann ein ganzheitlicher Umstieg gelingen. Voraussetzung ist, nicht länger vom klimaneutralen Verbrenner zu reden, sondern konsequent die effizientesten Lösungen zu fördern. Dann landet auch wieder mehr Geld in den Taschen der Bürger:innen und im Bundeshaushalt“, so Konstantin Litke, Leiter Politik beim Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700

Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

https://www.bnw-bundesverband.de/